Vermögensverhältnisse der Ehegatten *

Assoz. Prof. Dr. Giorgi Rusiashvili

Tinatin Tsereteli Institut für Staat und Recht, Staatliche Universität Tiflis

I. Miteigentum der Ehegatten

Die Art. 1158 ff GeoZGB definieren das gesetzliche Güterstandsmodell, insbesondere das „gemeinschaftliche Eigentumsmodell“, regeln seine Entstehung, sowie die verschiedenen darin entstehenden Vermögensmassen und formulieren im Allgemeinen sein rechtliches Konzept.

Ohne die Vereinbarung eines besonderen Güterstands in dem Ehevertrag wird das von den Ehegatten während der Ehe erworbene Vermögen zu ihrem gemeinschaftlichen Vermögen, es sei denn, es gehört zum separaten Vermögen (Art. 1161, 1162 GeoZGB). Die Herkunft des Erworbenen während der Ehe spielt grundsätzlich keine Rolle (Ausnahme: Art. 1161 b GeoZGB). Die Früchte des gemeinschaftlichen Vermögens und auch die des separaten Vermögens gehören zum gemeinschaftlichen Vermögen. Darüber hinaus umfasst das gemeinschaftliche Vermögen auch eine Lohnforderung (soweit sie pfändbar ist, kann die Zwangsvollstreckung gewährt werden), die Forderungen aus der unerlaubten Handlung, ungerechtfertigter Bereicherung, Geschäftsführung ohne Auftrag, sowie die Forderungen, die

sich aus dem Realakt – beispielsweise durch Verarbeitung – ergeben.

Die Zuordnung zum gemeinschaftlichen Vermögen erfolgt durch Gesetzeskraft, ohne geschäftsmäßigen Akt, so dass gutgläubiger Erwerb unmöglich ist. Ist das in der Ehe erworbene und somit das gemeinschaftliche Vermögen nur auf den Namen eines Ehegatten eingetragen, wird der Registrierungseintrag falsch und muss korrigiert werden. Der Anspruch auf Korrektur ergibt sich aus Art. 1158 GeoZGB selbst und verpflichtet den Ehegatten, bei der Berichtigung mitzuwirken.

1. Rechtliche Konstruktion

Die rechtliche Konstruktion der Zuordnung zum gemeinschaftlichen Vermögen ist umstritten.¹ Dogmatisch am zutreffendsten ist der Durchgriffserwerb,² dh das Vermögen wird zuerst Eigentum eines Ehegatten und erst dann wird es zum gemeinschaftlichem Eigentum. Praktische Überlegungen rechtfertigen jedoch die Entscheidung, es direkt als gemeinschaftliches

* aus dem Georgischen von David Maisuradze.

¹ Hofmann, Zum Erwerb einzelner Gegenstände durch einen Ehegatten für das Gesamtgut der Gütergemeinschaft, FamRZ 1972, 117; BGHZ 82, 348.

² Gernhuber/Coester-Waltjen, Familienrecht, 6. Aufl., München 2010, § 38 Rn. 26 f.

Eigentum zu betrachten. Zum Beispiel ist es beim Erwerb von (gemeinschaftlichem) Land überflüssig, es zuerst im Namen eines der Ehegatten und nur dann als gemeinschaftliches Eigentum neu zu registrieren. Daher ist eine Registrierung direkt als gemeinschaftliches Eigentum zulässig.³

2. Sachenrechtliches Konzept

Wie auch in anderen Fällen von Gesamthandseigentum haben die Ehegatten auch hier keinen trennbaren Anteil an dem Vermögen, über den sie unabhängig verfügen können. Die Ehegatten haben auch keine gesonderte Quote für die Forderung auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Eigentums, und der Gläubiger kann diesen Anteil nicht von ihnen aufrechnen. Nicht veräußerbar ist auch die Beteiligung am gemeinschaftlichen Eigentum vor der Auseinandersetzung (abstrakter Anteil). Die Verpflichtung zur Veräußerung dieses Anteils ist nichtig, kann jedoch als Verpflichtung zur Abtretung eines Anspruchs auf Auseinandersetzung des gemeinschaftlichen Eigentums ausgelegt werden (vgl. Art. 1170 I GeoZGB).

II. Verwaltung und Verfügung des im gemeinschaftlichen Eigentum befindlichen Vermögens

Die Umwandlung des in einer Ehe Erworbenen in gemeinsames Eigentum gemäß Art. 1158 I GeoZGB wirft drei Fragen auf: die der Verwaltung, Haftung und Aufhebung dieses Vermögens, was in den Art. 1159-1160, 1170 und 1164-1169 GeoZGB entsprechend geregelt ist. Die Verwaltung des gemeinschaftlichen Eigentums (Besitz, Nutzung und Verfügung) erfolgt gemäß Art. 1159 GeoZGB im gegenseitigen Einvernehmen der Ehegatten. Der Begriff der einvernehmlichen

Verwaltung des gemeinschaftlichen Eigentums durch Ehegatten umfasst deren Besitz, Verfügung, Nutzung und Beteiligung an damit verbundenen Rechtsstreitigkeiten. Dieser Begriff umfasst Handlungen im Zusammenhang mit dem gemeinschaftlichen Vermögen, wie die Ausübung des Stimmrechts in der Gesellschaft oder Maßnahmen im Zusammenhang mit der Nutzung dieses Vermögens für den Lebensunterhalt.⁴

Verpflichtungsgeschäfte sind in erster Linie für den unmittelbar handelnden Ehegatten bindend und gelten für das gemeinschaftliche Vermögen erst nach Zustimmung des anderen Ehegatten. Das Hinzufügen eines Gegenstands zum gemeinschaftlichen Eigentum erfordert nicht die Zustimmung des anderen Ehegatten. Jeder Ehegatte hat die Befugnis, eine Willenserklärung unabhängig zu empfangen. Die Ausnahme ist weder eine Kündigung, die auch nur von einem Ehegatten empfangen werden kann, noch die Angebotsbindung.⁵ Ansprüche können von beiden Ehegatten einvernehmlich geltend gemacht werden.

Die Ehegatten müssen das gemeinschaftliche Vermögen einvernehmlich besitzen, dh es muss Mitbesitz geben. Es entsteht jedoch nicht *ipso iure*, sondern erst, nachdem es von einem (besitzenden) Ehegatten gewährt wird, was auch der Verpflichtung des besitzenden Ehegatten entspricht. Beide Ehegatten sind mit dem Schutz des Besitzes berechtigt. Dieser Schutz kann auch gegen den anderen Ehegatten ausgeübt werden.⁶

Die Ansprüche aus Eigentum können nur einvernehmlich von beiden Ehegatten geltend gemacht werden. Die Teilnahme beider Ehegatten

³ BGHZ 82, 350.

⁴ BGHZ 111, 255.

⁵ Gaul/Althammer, in: Soergel, BGB, 13. Aufl., § 1450 Rn. 14.

⁶ Gaul/Althammer, in: Soergel, BGB, 13. Aufl., § 1450 Rn. 11.

an dem Gerichtsprozess ist erforderlich.⁷ Das Gleiche gilt im Falle eines Streits gegen dieses Vermögen. Die Verpflichtung der Mitwirkung ist ein wichtiger Zusatz und Ergänzung zum Grundsatz der einvernehmlichen Verwaltung des gemeinschaftlichen Vermögens. Nimmt einer der beiden Ehegatten nicht an dieser Verwaltung teil, für die er eine Verpflichtung hat, ist er vor dem anderen Ehegatten verantwortlich.⁸ Diese Verpflichtung der Mitwirkung wird jedoch nicht vor Gericht durchgesetzt.⁹

1. Einvernehmliche Verwaltung

Unter einvernehmlichen Verwaltung kann über das gemeinschaftliche Vermögen nur gemeinsam verfügt werden. Auch die Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit diesem Vermögen sollten gemeinsam geführt werden; Die Ehegatten haben Mitbesitz an diesem Vermögen. Aufgrund der Schwierigkeiten, die eine solche gemeinsame Verwaltung mit sich bringt, ist jeder Ehegatte verpflichtet, an den entsprechenden Maßnahmen teilzunehmen. Diese Verpflichtung zur Mitwirkung könnte ausnahmsweise gerichtlich erzwingbar sein.

2. Haftung

In Zusammenhang mit der Haftung für gemeinschaftliches Vermögen sind die Verbindlichkeiten aus dem Gesetz und die geschäftsmäßige Verpflichtung voneinander zu unterscheiden. Für die gesetzlich vorgeschriebenen Verbindlichkei-

ten, beispielsweise aus unerlaubter Handlung oder ungerechtfertigter Bereicherung, haftet das gemeinschaftliche Vermögen. Im Falle einer ungerechtfertigten Bereicherung durch ein Rechtsgeschäft, für die die Zustimmung des anderen Ehegatten erforderlich war, ohne diese Zustimmung – nur, wenn das gemeinschaftliche Vermögen ungerechtfertigt erhöht wurde (Art. 1170 III GeoZGB).

Auf der Grundlage eines Rechtsgeschäft haftet das gemeinschaftliche Eigentum nur, wenn das Rechtsgeschäft von den Ehegatten gemeinsam oder von einem Ehegatten mit Zustimmung des anderen Ehegatten abgeschlossen wird, sowie in Fällen, in denen der Ehegatte ausnahmsweise das Recht hatte, unabhängig zu handeln.

Verbindlichkeiten aus dem Recht oder dem Besitz von individuellem Vermögen können keine Grundlage für die Haftung des gemeinschaftlichen Vermögens sein.

In Bezug auf die Haftung für gemeinschaftlichen Eigentum, haften dabei die Ehegatten wegen einvernehmlicher Verwaltung persönlich und gesamtschuldnerisch. Beim Regress der Gesamtschuldner (Art. 473 GeoZGB) wird die in dem Außenverhältnis geleistete Schuld in zwei Hälften geteilt, und der leistende Ehegatte hat das Recht, vom anderen die Hälfte der Leistung zu verlangen (analog Art. 1169 GeoZGB).

III. Verfügung durch einen Ehegatten

Nach Art. 1160 II GeoZGB kann die von einem Ehegatten vorgenommene Verfügung über einen Teil des gemeinschaftlichen Vermögens nicht dadurch unwirksam sein, weil der andere Ehegatte nichts von dem Rechtsgeschäft wusste und dieser nicht zustimmte. Die Vorschrift enthält nur eine Aufzählung von Fällen, in denen diese Verfügung trotz des Protests des anderen Ehe-

⁷ Baur, Zivilprozessuale Fragen zum Gleichberechtigungsgesetz und zum Familienrechtsänderungsgesetz 1961, FamRZ 1962, 510.

⁸ Baur, Zivilprozessuale Fragen zum Gleichberechtigungsgesetz und zum Familienrechtsänderungsgesetz 1961, FamRZ 1962, 42.

⁹ Gaul/Althammer, in: Soergel, BGB, 13. Aufl., § 1451 Rn. 5.

gatten wirksam bleibt. Aus der Intention der Norm und der systematischen Auslegung des Institutes des gemeinschaftlichen Eigentums folgt, dass diese Verfügung aufgrund eines anderen Umstands, der in der Norm – auch wenn nicht ausdrücklich erwähnt – impliziert ist, immer noch nichtig werden kann.

Dieses Problem wird in Deutschland im Rahmen des Instituts der Schlüsselgewalt geregelt¹⁰ (§ 1357 BGB), das auch in Georgien angepasst werden muss, andernfalls würde Art. 1160 II GeoZGB letztendlich jedem Ehegatten ermöglichen, über das gemeinschaftliche Vermögen trotz des Protests des anderen Ehegatten uneingeschränkt zu verfügen. Im Rahmen dieser Rezeption muss angesichts der vorstehenden Argumente anhand einer teleologischen Auslegung als eine Voraussetzung für die in Art. 1160 II GeoZGB vorgesehene Verfügung gesehen werden, dass diese Verfügung zur angemessenen Deckung des Lebensbedarfs der Familie notwendig ist.

1. Verfügungsgeschäft

Art. 1160 II GeoZGB gilt nur für Verfügungsgeschäfte,¹¹ die von einem Ehegatten im Zusammenhang mit gemeinschaftlichem Eigentum durchgeführt werden. Dogmatisch kann diese Bestimmung so verstanden werden, dass sie die Vertretungsmacht für die Abschluss eines Verfügungsgeschäft gibt: Der Ehegatte, der dieses Ver-

fügungsgeschäft abschließt, vertritt gleichzeitig den anderen Ehegatten, und das Geschäft wird im Namen der beiden abgeschlossen. Diese Lösung ist jedoch weit von dem Wortlaut der Norm entfernt, und wenn in diesem Fall eine Vertretungsmacht erteilt wird, muss sie auch widerrufbar sein, was in der Norm nicht vorgesehen ist. Unter Regulierung sollte daher die Befugnis verstanden werden, nur im eigenen Namen zu verfügen, um die Bedürfnisse der Familie zu decken.

2. „Deckung des Lebensbedarfs der Familie“

Die Verfügung von Gegenständen aus dem gemeinschaftlichen Vermögen sollte zur angemessenen Deckung des Lebensbedarfs der Familie erfolgen. Dieser Begriff steht im Zusammenhang mit dem Umfang des Unterhaltsanspruchs nach den Art. 1182, 1885 GeoZGB.¹² Zu den familiären Bedürfnissen gehört es daher, Geld zu sammeln, um Lebensmittel für Familienmitglieder zu kaufen, sowie der Beschaffung von Kleidung, Haushaltsgegenständen, Spielzeuge und Lehrmaterial. Darüber hinaus umfasst diese Kategorie beispielsweise die Verfügung eines Gegenstands, um Geld zu generieren, um die Familie den Transport in den Urlaub zu ermöglichen oder um einen Vertrag mit einem Stromversorger¹³ oder einem Telekommunikationsunternehmen¹⁴ abzuschließen. Außerdem: Einstellung eines Anwalts für einen Streit, dessen Ergebnisse für die ganze Familie wichtig sind,¹⁵ Reparatur eines Familienautos¹⁶ und Abschluss eines Krankenversicherungsvertrags für Familienmitglieder.

¹⁰ In Deutschland befasst sich der Schlüsselgewalt jedoch nur mit Verpflichtungsgeschäften, die auch den anderen Ehegatten binden.

¹¹ S. zum Verfügungsgeschäft *Maisuradze*, Eingriff durch Verfügung im georgischen und deutschen Recht, Zeitschrift für Rechtsvergleichung 8/2020, 12 ff.; *Rusiashvili*, Trennungsprinzip im georgischen Sachenrecht, Zeitschrift für Rechtsvergleichung 1/2019, 20 ff.; *Rusiashvili*, Fälle zum Allgemeinen Teil des Bürgerlichen Rechtes Gesetzbuchs, Tbilisi 2015, 257.

¹² BGHZ 94, 1.

¹³ BGH NJW-RR 2013, 897; *Luther*, Vom Ende der Schlüsselgewalt, FamRZ 2016, 271.

¹⁴ BGH NJW 2004, 1593.

¹⁵ OLG Düsseldorf FamRZ 2011, 35.

¹⁶ LG Freiburg FamRZ 1988, 1052.

Verbrauchergeschäfte sollten ebenfalls in dieselbe Kategorie eingeteilt werden, soweit sie den Bedürfnissen der Familie dienen.¹⁷

Großvolumige Rechtsgeschäfte (Erwerb eines Hauses), die problemlos ausgesetzt und rückgängig gemacht werden können, werden nicht unter Art. 1160 II GeoZGB zusammengefasst. Der Ehegatte hat kein Recht, durch Missachtung der Familieneinheit unabhängig über solche wichtigen Angelegenheiten zu entscheiden und über das gemeinschaftliche Eigentum der Familie zu verfügen. Was als „großes Volumen“ angesehen wird, sollte auf der Grundlage der finanziellen Situation der Familie und des Grads der Zusammenarbeit entschieden werden.¹⁸ Aus diesem Grund ist die Verfügung in der Regel nichtig, wenn sie zur Ansammlung von Reisegeld verwendet wird und die Reiseentscheidung zuvor immer im Konsens getroffen wurde.¹⁹ Gleiches gilt für Geldinvestitionen in den Bau.²⁰ Die Zahlung einer Provision an einen Makler, der mit dem Kauf einer Wohnung beauftragt wurde, ist auch kein Familienbedarf mehr, wenn der Kauf dieser Wohnung zuvor nicht zwischen den Ehegatten vereinbart wurde.²¹ Ebenso: Abschluss eines Wohnungsmietvertrags, Telefonverbindungen in einem anderen Land zu einem besonders hohen Preis, der die finanziellen Möglichkeiten der Familie übersteigt.²²

Die rechtliche Konsequenz einer zulässigen Verfügung, die auf der Grundlage der oben beschriebenen Voraussetzungen getroffen wird, ist

ihre sachenrechtliche Wirksamkeit sowohl vor dem Ehegatten als auch vor Dritten.

IV. Individuelles Eigentum der Eheleute

Das individuelle Eigentum der Eheleute bleibt außerhalb des gemeinschaftlichen Eigentums. Nach Art. 1161 GeoZGB ist dies das Vermögen, das dem Ehegatten vor der Ehe gehörte bzw. das Eigentum, das durch Schenkung oder Erbschaft innerhalb der Ehe erhalten wurde.

Nicht übertragbare Güter müssen vom gemeinschaftlichen Vermögen getrennt werden. Güter, die im Rahmen der Rechtsgeschäft nicht auf einen anderen übertragen werden können, können auch nicht das gemeinschaftliche Eigentum der Ehegatten nach Art. 1158 I GeoZGB werden. Solche Güter sind: Nießbrauch, nicht veräußerbarer Anteil an der Gesellschaft, der Teil des Gehalts, der nicht der Zwangsvollstreckung unterliegen kann, Persönlichkeitsrecht, nicht abtretbare Forderung (Einschließlich wegen geschäftsmäßigen Verbots).

Individuelles Eigentum bleibt unter der alleinigen und uneingeschränkten Verwaltung des Ehegatten. Da die oben genannten nicht übertragbaren Güter nur aufgrund ihrer Natur nicht zum gemeinschaftlichen Eigentum werden, werden ihre Surrogate und die daraus gewonnenen Früchte zum gemeinschaftlichen Eigentum (natürlich, wenn sie ihrerseits übertragbar sind).

Die ehebedingte Zuwendungen eines Ehegatten (ausnahmsweise auch eines Verwandten des Ehegatten) unterliegen einer besonderen vermögensrechtlichen Regelung und stellen kein Geschenk im Sinne von Art. 1161 b) GeoZGB.²³ Hinter dieser Lösung steht die Vorstellung, dass die Verleihung von Gütern im Rahmen dieser Art

¹⁷ *Löhnig*, Verbrauchergeschäfte mit Ehegatten - zum Verhältnis von Verbraucherschutz und Schlüsselgewalt, FamRZ 2001, 135.

¹⁸ BGHZ 94, 1.

¹⁹ OLG Köln FamRZ 1991, 434.

²⁰ BGH FamRZ 1989, 35.

²¹ OLG Oldenburg FamRZ 2011, 37.

²² BGH NJW 2004, 1593.

²³ BGHZ 116, 167; BGH, NJW-RR 90, 386, 387.

von Beziehung nicht der unentgeltlichen Bereicherung der anderen Partei dient, sondern dem Zweck, dass die Zuwendung zur Herstellung, Aufrechterhaltung und Gewährleistung der Einheit der Familie beiträgt. Es wird mit dem Empfinden und der Erwartung durchgeführt, dass diese Einheit der Familie zumindest für eine bestimmte Zeit stabil sein wird und der schenkende Ehegatte auch selbst die Möglichkeit haben wird, dieses Geschenk zu genießen. Genau diese Vorstellung ist die Grundlage dieser Zuwendung.

Der Zweck der ehebedingten Zuwendung zwischen Eheleuten ist durch den Wunsch motiviert, die Einheit der Familie zu stärken. Werden dagegen die Vermögensgüter zum Zwecke der unentgeltlichen Belohnung des anderen Ehepartners unabhängig vom oben genannten Kontext übertragen, liegt eine gewöhnliche Schenkung vor.²⁴

Ehebedingte Zuwendungen zwischen Ehepartnern beschränken sich nur auf die Übertragung bestimmter Gegenstände. Wenn einer der Ehegatten jahrelang Kapital für den Erwerb von Familienbesitz mit dem Geld, Material und der Arbeitsleistung des anderen Ehegatten ansammelt, besteht keine ehebedingte Zuwendung mehr.

Wie bereits erwähnt, ist eine ehebedingte Zuwendung keine Schenkung im Sinne von Art. 521 GeoZGB, sondern eine Zuwendung auf der Grundlage der Familienzusammenführung, die im Falle eines Familienzusammenbruchs gemäß Art. 398 GeoZGB rückgängig gemacht werden kann,²⁵ denn die Fortsetzung der Familieneinheit ist ihre bedingte Grundlage im Sinne dieser Regel. Eine Rücknahme nach den Art. 398 ff GeoZGB ist jedoch ausgeschlossen, wenn der zuwendende Ehegatte die Zuwendung auch innerhalb

der Teilung des gemeinschaftlichen Vermögens nach den Art. 1164, 1168 I GeoZGB zurückfordern kann. Aus diesem Grund gilt diese Art der Umkehrung nur, wenn das übertragene Eigentum das individuelle Eigentum des anderen Ehegatten wird und deshalb die genannten Teilungsvorschriften nicht anwendbar sind.

V. Regelung über die Tilgung der Schulden eines Ehegatten

Art. 1170 GeoZGB enthält die Regel der Tilgung der individuellen Schulden von Ehegatten. Nach Art. 1170 I GeoZGB kann die Zahlung zur Tilgung der Schulden eines Ehegatten aus dessen Vermögen und/oder aus seinem Anteil an dem gemeinschaftlichen Eigentum erfolgen, welche er im Falle der Teilung des Vermögens erhalten hätte. Dieser Wortlaut ist ziemlich vage und erweckt den Eindruck, dass die Zahlung aus dem Anteil des Ehegatten am gemeinschaftlichen Vermögen erfolgt, der tatsächlich nicht existiert, denn das gemeinschaftliche Vermögen der Ehegatten ist kein Bruchteils-, sondern ein Gesamthandseigentum, bei dem jeder Ehegatte nicht einmal einen separaten (auch abstrakten) trennbaren halben Anteil hat, von dem die Zahlung erfolgen würde. Darüber hinaus widerspricht diese Bestimmung in ihrem direkten Verständnis dem Art. 1170 II GeoZGB, der besagt, dass eine direkte Zahlung nur erfolgen kann, wenn die geschuldeten Schulden für die gemeinschaftlichen Interessen der Familie verwendet wurden. Daher sollte Artikel 1170 I GeoZGB so verstanden werden, dass die Zahlung für die persönliche Schuld des Ehegatten nicht aus einem abstrakten Anteil am gemeinschaftlichen Eigentum erfolgt, sondern aus einer Forderung der Teilung des gemeinschaftlichen Eigentums (Art. 1164 GeoZGB) und des Erwerbs eines bestimmten Anteils. Das heißt, wenn das persönliche Vermögen des Ehe-

²⁴ BGHZ 116, 167.

²⁵ S. dazu *Rusiashvili*, Fälle zum Allgemeinen Teil des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Tbilisi 2015, 75 f.

gatten nicht ausreicht, um die Schuld zu decken, kann der Gläubiger die Forderung auf Teilung gemäß Art. 1164 GeoZGB „erreichen“, sie im Rahmen der Zwangsvollstreckung beschlagnahmen und dann die Befriedigung aus diesem geteilten Anteil verlangen.

Im Falle der Verwendung der Schulden für die Interessen der Familie haftet das gemeinschaftliche Vermögen (Art. 1170 II GeoZGB). Im Fall von durch Straftaten erlangtem Vermögen haftet ein bestimmter Gegenstand oder Gegenstände, die durch die Straftat erlangt wurden.

Ehegatten haften immer mit eigenem persönlichen Vermögen (einzelne Gegenstände, vorheliches Eigentum, das nicht zum gemeinsamen Eigentum geworden ist) für persönliche Schulden, sowie für die des anderen Ehegatten, soweit es um eine gesamtschuldnerische Haftung geht.

Nach den oben erläuterten Grundsätzen ist die Haftung nicht dispositiv und kann durch den Ehevertrag nicht geändert werden. Bei bestimmten Rechtsgeschäften können Eheleute die Haftung gegenüber Dritten jedoch ausschließlich aus der Haftung für gemeinschaftliches bzw. individuelles Vermögen beschränken.²⁶

Zur Zwangsvollstreckung in das gemeinschaftliche Vermögen benötigt der Gläubiger einen Vollstreckungsbescheid gegen beide Ehegatten. Er kann jedoch nur einen Ehegatten für eine Verpflichtung aus dem gemeinschaftlichen Vermögen verklagen und seine Haftung mit seinem individuellen Eigentum geltend machen.²⁷

VI. Ehevertrag

Art. 1172 bis 1181 GeoZGB beziehen sich auf die Regelung der Vermögensverhältnisse zwischen Ehegatten durch einen Ehevertrag. Durch einen Ehevertrag können die Ehegatten eine andere Regelung als die gesetzlichen Bestimmungen (Art. 1158 ff GeoZGB) festlegen.

Bei einem Ehevertrag gilt wie bei allen anderen Verträgen der Grundsatz der Privatautonomie, der neben den allgemeinen Regeln auch durch die Regelung in den Art. 1172 ff GeoZGB eingeschränkt wird.

Der Geltungsbereich des Ehevertrags kann sich mit anderen zwischen den Ehegatten abgeschlossenen Rechtsgeschäften überschneiden. Die Regelung des Güterstands durch den Ehevertrag schließt den Abschluss anderer Rechtsgeschäfte zwischen den Parteien zum gleichen Thema nicht aus. Die Konkurrenz dieser Art von Verträgen mit der Regelung des Ehevertrags wirft folgende Frage auf: Ob ihre Regelung funktionell und dem Willen der Parteien nach mit einem Ehevertrag gleichgestellt werden sollte. In einem solchen Fall ist die in Art. 1174 GeoZGB festgelegte Form zu beachten. Wenn die Ehegatten in einem gesetzlichen Güterstand leben (Art. 1158 ff GeoZGB), ist die Abspaltung des zum gemeinschaftlichen Eigentums gewordenen Vermögen und dessen Zuordnung zum Eigentum eines Ehegatten nur durch den Ehevertrag zulässig.²⁸

1. Vereinbarung des Güterstand durch Ehevertrag

Der georgische Gesetzgeber bietet Ehegatten zwei Möglichkeiten: Entweder schließen sie keinen Ehevertrag ab, und dann gelten die gesetzli-

²⁶ Tiedtke FamRZ 1975, 538.

²⁷ Tiedtke FamRZ 1975, 538.

²⁸ BGHZ 65, 79.

chen Bestimmungen des gemeinschaftlichen Vermögens zwischen ihnen (Art. 1158 ff GeoZGB), bei denen das während der Ehe erworbene (mit bestimmten Ausnahmen) das gemeinsame Eigentum der Ehegatten wird, oder sie schließen einen Ehevertrag und entwickeln im Rahmen von Art. 1176 GeoZGB einen für sie günstigen Güterstand.

2. Abschluss und Wirksamkeit des Ehevertrages

Der Abschluss eines Ehevertrags und seine Wirksamkeit werden durch den allgemeinen Teil des Georgischen Bürgerlichen Gesetzbuchs geregelt. Dabei müssen jedoch die in Art. 1174 GeoZGB festgelegte Form und besondere Bestimmungen in Bezug auf den Abschluss dieses Vertrages durch einen beschränkt Geschäftsfähigen (Art. 1175 GeoZGB), sowie die inhaltlichen Anforderungen (Art. 1176, 1179 GeoZGB), eingehalten werden. Ein Ehevertrag kann nach den allgemeinen Regeln auch angefochten werden. Zum Beispiel aufgrund eines Zwangs, wenn ein zukünftiger Ehegatte droht, sich selbst zu töten, und die andere Partei zwingt, den Vertrag abzuschließen.²⁹

Ein Minderjähriger kann einen Ehevertrag nur mit Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters abschließen. Obwohl ein Minderjähriger keine Ehe eingehen kann und diese Regel ausnahmslos gilt, erlaubt ihm das Gesetz dennoch, einen Ehevertrag über einen gesetzlichen Vertreter abzuschließen. Eine solche Asynchronität ist höchstwahrscheinlich auf ein Versehen des Gesetzgebers zurückzuführen, der vergessen hat, diese Bestimmung im Rahmen der Reform des Familienrechts zu entfernen oder zu ändern: Es ist unlogisch, dass das Recht dem Minderjährigen und

seinem Vertreter nicht die Befugnis und Kompetenz „anvertraut“, Entscheidungen über die Ehe zu treffen, und ihnen gleichzeitig das Recht einräumt, einen Ehevertrag abzuschließen, der die persönlichen und vermögensbezogenen Rechte während des zukünftigen Zusammenlebens weitgehend bestimmen kann.

In Deutschland beispielsweise hat das gleiche Reformpaket („Schutz von Kindern vor vorzeitiger Ehe“) auch die Möglichkeit ausgeschlossen, dass ein Minderjähriger über einen gesetzlichen Vertreter einen Ehevertrag abschließt.³⁰

Gemäß Art. 1173 I GeoZGB kann ein Ehevertrag sowohl vor als auch nach der Registrierung der Ehe geschlossen werden. Der Vertrag endet mit der Auflösung der Ehe bzw. dem Abschluss eines sie beendenden Vertrags. Ehepartner können diesen die Ehe auflösenden Vertrag jederzeit abschließen (Art. 1180 GeoZGB). Darüber hinaus kann ein Ehevertrag nur von den Eheleuten oder den Verlobten geschlossen werden, wobei im letzteren Fall er erst nach der Eheschließung in Kraft tritt (Art. 1173 II GeoZGB).

Ein vor der Eheschließung geschlossener Ehevertrag tritt erst nach der Eheschließung in Kraft und wird im Falle des Scheiterns der Ehe – eine Ehe ist dabei gescheitert, wenn die zukünftigen Ehepartner die Ehe auf unbestimmte Zeit verschieben, eine andere Person heiraten usw. – aufgehoben, und zwar auch wenn die Ehe letztendlich zustande gekommen ist, sich aus dem gemeinsamen Wille der Ehegatten jedoch nicht mehr der Zusammenhang zwischen dem zuvor geschlossenen Ehevertrag und der aktuellen Ehe zeigt.

Um einen Ehevertrag abzuschließen, ist es erforderlich, dass die Parteien zumindest verlobt sind, andernfalls gilt Art. 56 I GeoZGB, unabhän-

²⁹ BGH NJW-RR 1996, 1282.

³⁰ Vgl. § 1411 BGB.

gig von der späteren Heirat oder Nichtheirat zwischen diesen Personen.³¹

Der Ehevertrag kann nur schriftlich geschlossen und notariell beglaubigt werden. Dieser Formzwang gemäß Art. 1174 GeoZGB soll die Sicherheit der Parteien (Schutz vor voreiligen Entscheidungen), Klarheit, Vereinfachung der Beweismittel und Beratung der Parteien durch einen Notar gewährleisten. Der Formzwang gilt auch für den Vorvertrag³² und den Auflösungsvertrag.³³ Die zur Formbeachtung erforderliche Beglaubigung muss unter der gleichzeitigen Anwesenheit beider Parteien erfolgen. Es reicht nicht aus, ein schriftliches Dokument nur von einer Partei bei einem Notar zu beglaubigen. Eine Vertretung im Beglaubigungsprozess ist jedoch zulässig. Die Vollmachtserteilung bedarf keine Formbeachtung (Art. 107 GeoZGB). Ein Formmangel führt zur Unwirksamkeit des Ehevertrags nach Art. 59 I Var. 1 GeoZGB.

3. Wirkung gegenüber Dritten

Die Ehe und die vermögensrechtlichen Rechte der Ehegatten während der Ehe sehen auch die Befugnis vor, einen Vertrag mit Dritten abzuschließen (Art. 1160 II GeoZGB). Wenn die Ehegatten einer Änderung dieses Güterstands zustimmen oder von dem von ihnen vereinbarten Rechtsparadigma abweichen, müssen die Interessen eines Dritten berücksichtigt werden, um eine genaue Vorstellung davon zu haben, welche Rechte der Ehegatte, mit dem er in einer Beziehung steht, hat und welche nicht. Leider sieht das georgische Recht im Gegensatz zum deutschen nicht die Möglichkeit vor, einen Ehevertrag durch seine Registrierung zu veröffentlichen.

In dieser Gegebenheit hat die Vereinbarung zwischen den Ehegatten ohne Veröffentlichung keine Kraft gegenüber Dritten, so dass gegen sie immer noch das gesetzliche Paradigma in Kraft bleiben muss (z. B. Art. 1160 II GeoZGB).

VII. Inhalt des Ehevertrags

Der Art. 1176 GeoZGB regelt die privatautonome Gestaltung des Güterstands der Ehegatten auf der Grundlage des Ehevertrags. Er schreibt vor, was der Inhalt des Ehevertrags sein sollte.

1. Inhalt des Ehevertrags: Güterstand

Nach Art. 1176 GeoZGB ist es eindeutig zulässig, in beiden Richtungen von dem in Art. 1158 ff GeoZGB festgelegten „Grundgüterstandsmodell“ abzuweichen: Das gesamte (nicht nur während der Ehe erworbene) Vermögen zum gemeinschaftlichen Eigentum zuzuordnen (Art. 1176 III, Var. 1 GeoZGB) oder umgekehrt ein vollständiges Vermögenstrennungsmodell auszuwählen (Art. 1176 III, Var. 2 GeoZGB). Es ist auch möglich, diese beiden zu kombinieren: Separate Arten von Gegenständen zum gemeinschaftlichen Vermögen zuordnen und den Rest wieder dem individuellen Eigentum der Ehegatten zu überlassen. Es ist auch zulässig, die Regel der Familienausgaben im Rahmen des Vertrags zu bestimmen (Art. 1177 GeoZGB).

Der Ehevertrag kann zusätzlich zur Gütergemeinschaft eine andere Regel für die Verwaltung von gemeinschaftlichen Vermögen innerhalb des gesetzlichen Güterstands festlegen (Art. 1176 II GeoZGB).

Was verboten ist, sind die sogenannten „Phantasie-Güterstände“,³⁴ bei denen es sich

³¹ BayObLGZ 1957, 51.

³² BGH FamRZ 1966, 492.

³³ OLG Frankfurt a. M. FamRZ 2001, 1524.

³⁴ OLG Schleswig NJW-RR 1996, 134.

nicht um eine Kombination von gesetzlich anerkannten Güterständen handelt, sondern um eine völlig andere von den Ehegatten konzipierte Vermögensordnung (z.B. dass das gesamte Vermögen in den ersten fünf Jahren im Eigentum eines Ehegatten und in den nächsten zehn Jahren im Eigentum des anderen steht). Aufgrund der Ungeschicktheit dieser Art von Güterstand und des Fehlens eines rechtlichen Paradigmas für deren Regulierung, sowie angesichts der Notwendigkeit der Klarheit der Vermögensvorschriften, ist die Vereinbarung eines solchen phantasmagorischen Modells unzulässig. Aufgrund einer solchen Einschränkung der Privatautonomie wird von einer „typologischen Vorschreibung“ der Regulierung des Güterstands durch einen Ehevertrag gesprochen.³⁵

2. Grenze der Privatautonomie in einem Ehevertrag

Im Falle eines Ehevertrags beschränkt sich die Privatautonomie in erster Linie auf den Geltungsbereich der Vereinbarung zur Änderung des Vermögenszustands, da diese im Interesse des zivilen Rechtsverkehrs dem Rahmen der sachenrechtlichen Ordnung unterliegen muss. Die Privatautonomie gilt nicht für die Güterstandsvorschriften, die einen der Ehegatten oder Dritte imperativ schützen: Die Haftung des gemeinschaftlichen Vermögens für Schulden darf nicht mit den Auswirkungen auf den Gläubiger beschränkt werden.

Es steht den Ehegatten frei, die gesetzlichen Bestimmungen über die Zuordnung von Vermögen zum gemeinschaftlichen Eigentum, die Teilung dieses gemeinschaftlichen Eigentums und die Unterhaltszahlungen nach der Ehescheidung

zu ändern. Sie können das naheheliche Pflichtenprogramm vollständig ändern.³⁶

3. Kontrolle des Inhalts des Ehevertrags auf der Grundlage von Art. 1179 I, II GeoZGB

Art. 1179 GeoZGB schreibt imperativ vor, was durch einen Ehevertrag nicht geändert werden kann. Dies sind: 1. Die gegenseitige Unterhaltspflicht der Ehegatten; 2. Rechte und Pflichten der Eltern gegenüber ihren Kindern; 3. Alimentation und - im Streitfall - das Recht, sich an ein Gericht zu wenden (Art. 1179 I GeoZGB).

Art. 1179 II GeoZGB sieht auch einen offenen Vorbehalt vor, der es dem Rechtsanwender ermöglicht, den Ehevertrag auch in Fällen, die im ersten Teil nicht vorgesehen sind, für ungültig zu erklären, wenn er der Ansicht ist, dass seine Bedingungen einer der beiden Ehegatten in eine schwierige Situation bringen.

Der nicht imperative Charakter der nach der Scheidung entstandenen Ansprüche sollte nicht zu einer Verletzung des Zwecks des Schutzes der rechtlichen Folgen dieser Scheidung führen. Nach Art. 1179 I, II GeoZGB ist die Grenze der Privatautonomie in diesem Fall eine solche Ordnung von Rechtsfolgen, die die Last der Verpflichtungen nur einseitig verteilt und nicht durch die Besonderheiten der Familienbeziehungen gerechtfertigt werden kann. Dies ist eine Last für den verpflichteten Ehegatten, dessen Tragen von ihm nicht verlangt werden darf. Der entscheidende Zeitpunkt ist der Moment des Abschlusses des Ehevertrags.

Um eine solche einseitige Last festzustellen, muss der Einzelfall als Ganzes bewertet werden. Insbesondere umfasst es eine Bewertung des

³⁵ OLG Schleswig NJW-RR 1996, 134.

³⁶ BGH NJW 2004, 933; BGH NJW 2013, 457; FamRZ 2017, 887.

Einkommens und der Vermögenslage, des geplanten oder bereits umgesetzten Lebensstandards und der Auswirkungen dieser Vereinbarung auf die Eheleute oder die Kinder. Aus subjektiver Sicht sollten das vertraglich festgelegte Ziel und andere Beweggründe berücksichtigt werden.

a) Lehre vom „geschützten Kernbereich“

Die vertragliche Ablehnung der dem Ehegatten zugewiesenen Positionen, bei der Scheidung, sollte im Rahmen der Rechtssystematik der rechtlichen Folgen einer Scheidung beurteilt werden. Bei einer solchen Beurteilung ist das Erfordernis, einem Kinderbetreuer bzw. betreuerin Unterhalt zu zahlen oder eine Regel für die Aufteilung des Eigentums zu vereinbaren, deren Folgen sich auf das minderjährige Kind auswirken, am wichtigsten (Art. 1179 I, Var. 1, 2 GeoZGB): Da es um die Interessen des Kindes geht, sind die gesetzlichen Bestimmungen in diesem Bereich am wenigsten dispositiv (Art. 1168 GeoZGB). Modifikationen der Höhe und Dauer des Unterhalts (sowie der vollständige Ausschluss) sind jedoch nicht völlig unmöglich, beispielsweise wenn die Ehegatten kein Kind haben möchten.

Darüber hinaus umfasst dieser „Kernbereich“ der rechtlichen Folgen einer Scheidung den Unterhaltsanspruch aufgrund von Alter und Krankheit: Dies unterliegt auch nur teilweise der Disposition der Parteien. Aber auch hier ist es nicht vollständig ausgeschlossen, sie aufzugeben, insbesondere wenn die Ehe bereits im fortgeschrittenen Alter stattgefunden hat oder der entrechtete Ehegatte sich selbst für den Rest seines Lebens unterhalten kann.

Die Rechtspositionen in den nächsten Schritten unterliegen eher einer Disposition. Eine Änderung der Zahlungsregeln ist im Rahmen eines

Ehevertrags nahezu frei möglich. Ein Beispiel hierfür ist: Unterhalt aufgrund mangelnden Einkommens (Art. 1183 GeoZGB). Art. 1183 GeoZGB ist eine dispositive Bestimmung, wenn die materielle Armut des anderen Ehegatten zum Zeitpunkt des Abschlusses des Ehevertrags nicht wahrscheinlich war.

Die Regeln für die Teilung des während der Ehe erworbenen gemeinschaftlichen Vermögens gehören nicht zum „Kernbereich“ und unterliegen in diesem Sinne am meisten der vertraglichen Disposition.

Der in Art. 1179 I GeoZGB vorgesehene Fall liegt grundsätzlich vor, wenn die Regelung ganz oder teilweise vom Kernbereich ausgeschlossen wird, ohne dem Ehegatten zusätzliche Vorteile (z.B. Abschluss eines Lebensversicherungsvertrags, von dem der Ehegatte Anspruch hat, Beiträge zur Pensionskasse des Ehegatten usw.) zu gewähren oder ohne Begründung im Allgemeinen.

b) Weitere Umstände

Der objektive Vertragsinhalt allein reicht nicht aus, um den in Art. 1179 II GeoZGB geregelte Tatbestand zuzulassen. Weitere Umstände sind notwendig. Dies kann auf einen Verstoß gegen die Parität bei der Aushandlung eines Ehevertrags beruhen, bei dem ein Ehegatte dominiert, z.B. die Ausnutzung der Notlage des anderen Ehegatten, seine soziale oder wirtschaftliche Abhängigkeit vom anderen Ehegatten, intellektuelle Überlegenheit.

Bei Eheverträgen, die die rechtlichen Folgen einer Scheidung regeln, ist die Nutzung der Notlage besonders häufig vor der Ehe oder zum Zeitpunkt der Schwangerschaft des Ehepartners. Die Schwangerschaft ist jedoch nur ein Hinweis auf den untergeordneten Status des Ehegatten

und die weitreichend nur einseitige Berücksichtigung der Interessen des anderen Ehegatten im Vertrag. Eine Kompensation für eine nicht paritätische Vermögenslage kann die Tatsache sein, dass der andere Ehegatte eine berufliche Qualifikation besitzt und während der Ehe sein eigenes Einkommen hat, das ihm allein überlassen bleibt. Eine schwierige Situation ist auch dann gegeben, wenn einem der Ehegatten aufgrund seiner Herkunft eine Auslieferung ins Ausland oder ein ähnliches Bedrohungsereignis droht. Das Gleiche gilt, wenn der Vertrag erst am Hochzeitstag erscheint und einer der Ehegatten mit dem Scheitern der Ehe droht, wenn er nicht unterzeichnet wird.

Das Bestehen des Falles von Art. 1179 II GeoZGB kann auch durch die Verletzung der Interessen Dritter bedingt sein. Zum Beispiel die Weigerung, Unterhalt zu leisten, wenn dies eine Belastung für den Staat darstellt (Sozialhilfe). Außerdem: Eingriffe in die Interessen des Kindes durch Verweigerung des Unterhalts des Ehegatten. Es ist auch sittenwidrig, einen Ehegatten mit materiellen Bedürfnissen, der Ausländer ist und erst durch Heirat das Recht erhielt, in Georgien zu wohnen, ohne Hilfe zu verlassen.

Dagegen liegt keine Sittenwidrigkeit vor, wenn sich die Ehegatten weigern, das in der Ehe Erworbene zum gemeinschaftlichen Vermögen zuzuordnen und es später aufzuteilen, wenn klar ist, dass einer der Ehegatten diesem gemeinschaftlichen Vermögen nicht viel hinzufügen wird.

Die rechtliche Konsequenz der Nichtigkeit des Ehevertrags ist die Wiederherstellung des Paradigmas, das den Bedürfnissen und Interessen der Ehegatten am besten entspricht.³⁷

Es ist zulässig, das Institut des Wegfalls der Geschäftsgrundlage auf den Ehevertrag anzuwenden (Art. 398 GeoZGB).

c) Nichtigkeit einzelner Vorbehalte, Art. 62 GeoZGB

Ob die Nichtigkeit eines bestimmten Vorbehalts den gesamten Vertrag nichtig macht, muss auf der Grundlage von Art. 62 GeoZGB bestimmt werden. Der ganze Vertrag ist nichtig, wenn er für eine Partei bei der Beurteilung der Gesamtheit des Ehevertrags eindeutig ungünstig ist und dieser Inhalt nicht durch die Interessen der anderen Partei gerechtfertigt werden kann. Zum Beispiel ist ein Ehevertrag, in dem der Ehegatte auf alle seine Ansprüche gegen den anderen Ehegatten verzichtet, völlig ungültig.³⁸

Art. 62 GeoZGB gilt nicht, wenn Ehe- und Erbverträge miteinander verbunden sind.³⁹

d) Kontrolle über die Ausübung des Rechts, Art. 8 III GeoZGB

Selbst wenn eine der Bestimmungen des Ehevertrags wirksam ist, kann die Bezugnahme darauf einen Verstoß gegen Treu und Glauben darstellen (Art. 8 III GeoZGB). Zum Beispiel, wenn der Ausschluss der rechtlichen Folgen einer Scheidung eindeutig ein Bild der Verletzung der Interessen nur einer Partei vermittelt.⁴⁰ Der entscheidende Moment für diese Beurteilung ist der Moment des Familienzusammenbruchs.⁴¹ Der entscheidende Umstand ist, dass die ursprünglich von den Ehegatten einstimmig geplante Lastenverteilung tatsächlich das verfehlt, was der-

³⁸ BGHZ 29, 131.

³⁹ BGHZ 29, 131.

⁴⁰ BGH NJW 2015, 53.

⁴¹ BGH NJW 2005, 139; BGH NJW 2005, 2390.

³⁷ BGH NJW 2013, 383; NJW 2015, 54.

zeit in Sicht ist.⁴² Beispiel: Die Unterhaltspflicht wurde im Vertrag ausgeschlossen, da der zweite Ehegatte aufgrund der zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarung ebenfalls einkommensschaffende Tätigkeiten ausüben sollte und sich

dann während der Ehe weigerte und sich mit der Kindererziehung beschäftigte.⁴³ Darüber hinaus ist eine solche Änderung auch bei einer schweren Erkrankung eines Ehegatten gegeben.⁴⁴

⁴² BGH NJW 2005, 139.

⁴³ BGH NJW 2013, 461.

⁴⁴ BGH NJW 2008, 1080.